

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 38 .: 30. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 22. September 1916

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Der „Vorwärts“ gegen die Gewerkschaften. — 7. Nachtrag zum Reichstaxif für das Lederausüstungsgewerbe Deutschlands. — Bericht über die Sitzung der Zentralratikommision für das Lederausüstungsgewerbe. — Der Reichstaxif zur Frage der Volksernährung. — Die fünfte deutsche Kriegsanleihe. — Der christliche Lederarbeiterverband im Jahre 1915. — Der Mensch macht's. — Aus Industrie und Handel. — Hundschau. — Bücherchau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbefall. — Anzeigen.

Für die Woche vom 24. bis 30. September 1916 ist der 39. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Der „Vorwärts“ gegen die Gewerkschaftseinigkeit.

Die unheilvolle Spaltung in der politischen Arbeiterbewegung geht einzelnen Leuten, die sich als Hüter der wahren Ueberzeugung sozialdemokratischer Grundsätze aufspielen, nicht tief genug. Sie wollen nicht eher ruhen und rasten, bis der Miß die Gewerkschaften, die Sport- und Gesangsvereine auseinandergetrieben hat. An Stelle der bis zum Kriege in Geltung gewesenen Auffassung über Klassenkampf und Gewerkschaftsarbeit soll der Befreiungskampf der Arbeiter jetzt durch revolutionäre Phrasen ersetzt werden. Aus dem Zusammenhang gerissene Zitate unserer Lehrmeister werden mit der unerquicklichen Notlage auf dem Gebiete der Ernährung in demagogischer Weise in Verbindung gebracht und durch den so fertiggestellten Venebelungsbrei ein Miasma erzeugt, dem der Kater recht bald folgen wird.

Glücklicherweise hat die jahrzehntelange Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern den Sinn für praktische Arbeit so geschärft, daß schon der Aufwand aller sich bietenden Mittel nötig ist, um mehr als einen Sturm im Glase Wasser zu erzeugen. Die Mehrheit der deutschen Arbeiter, soweit sie den Organisationsgedanken begriffen hat, steht trotz aller Fährnisse hinter der Leitung ihrer Berufsverbände. Diese unbestreitbare Tatsache bietet die Gewähr, daß in absehbarer Zeit der Phrasenrauch verrückt sein wird und die gewohnte, zielbewußte Gemeinheitsarbeit ihren Fortgang nimmt. Diese Erkenntnis paßt aber den neuen Propheten nicht in den Kram, sie kämpfen für ihre Dogmen mit einem Stimmenaufwand und Verbrauch von Druckerwürze, der etwas Besseren würdig wäre. Dabei kommt es ihnen weniger auf sachliche Vertretung ihrer Weisheit an, als wie dem dringenden Bedürfnis, sich auf jeden Fall und immer bemerkbar zu machen, Ausdruck zu geben. Doch das sind Angelegenheiten, die uns weniger berühren. Anders liegt die Sache schon, wenn versucht wird, die Führer der freien Gewerkschaften zu verleumden, mit dem ausschließlichen Zweck, dadurch Zwietracht unter die Gewerkschaftler zu säen, getreu dem Zäsurenmotto:

Teile und herrsche. Hier schweigen wollen, hieße Verrat üben an den heiligsten Interessen der Arbeiter.

Es ist nicht unbekannt, daß das sogenannte Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der „Vorwärts“, sich zum Wortführer dieser Teilungsmethode aufwirft. Seine Schriftleitung ichent sich nicht, jetzt großes Geschrei gegen die Gewerkschaftsleitungen aufzufahren, weil sie die in den „Vorwärts“-Spalten sich breitmachende Politik aus wohlverstandenen Arbeiterinteresse nicht unterstützen wollen. Daß ihm jedes Mittel dabei recht ist, beweist u. a. folgender Fall: In der „Baugewerkschaft“, dem Blatte des christlichen Bauarbeiterverbandes, gibt die Verbandsleitung einige Erfahrungen zum besten, die der Verband mit seinen vom Heeresdienst entlassenen und mit den reklamierten Mitgliedern gemacht hat. Sie werden am besten gekennzeichnet durch einige Sätze aus dem kritischen Artikel in der Nummer der „Baugewerkschaft“ vom 10. September:

„Nur ein Teil, und nicht der größte, findet den Weg von selbst wieder zur Organisation zurück. . . . Durch so manches unruhliche und unverständliche Verhalten Dabeingebliedener wird den Entlassenen nicht nur ein schlechtes Vorbild gegeben, sondern es weckt auch stärkste Entrüstung. Auch Unzufriedenheit mit den Leistungen des Verbandes bzw. der Unterstützungsstätigkeit tritt zutage. . . .“

„Am allerbedenklichsten und bedauerlichsten ist und bleibt, mit ganz geringen Ausnahmen, die Haltung der zu Arbeitsdiensten Reklamierten. Die Furcht, bei nicht ganz rückgratlosem Verhalten eingezogen zu werden, ist die Ursache ihres hundsöttischen Benehmens. Natürlich sind sie der Meinung, daß ihre Verbandszugehörigkeit als Stein des Anstoßes in den Augen des Unternehmers gelten könnte. Weder über diese noch über alle anderen, die die jetzige Zeit für am günstigsten halten, um dem Verbande den Rücken zu kehren, wollen wir ein weiteres Wort verlieren. Die Zeit wird kommen, wo anders mit ihnen geredet wird.“

Trüb ist auch der Blick, den die „Baugewerkschaft“ in die Zukunft tut:

„Es soll und darf kein Zweifel darüber bestehen, daß wir starke Arbeiterorganisationen nach Kriegsschluss notwendiger denn je haben. Wer die Entwicklung verfolgt und die Aufgaben sieht, die uns zu lösen gestellt sind, sieht mit mancherlei Sorge in die Zukunft. Die Arbeiterorganisationen sind durch den Krieg teilweise nur gering, und zwar im Handwerk geschwächt, teilweise sind sie auf ihrem alten Stand geblieben oder haben sich noch verstärkt. Die Streikversicherungs-gesellschaften der Arbeitgeber haben ihre Reserven erheblich vermehrt. Wirtschaftlich hat die Industrie, in erster Linie die, die mit Kriegsausrüstungen befaßt ist, sich sehr erholt. Umgekehrt aber gehen die Arbeiterverbände nicht ungeschwächt aus dem Krieg hervor. Ihre Mitgliederzahlen sind gesunken, finanziell sind sie teilweise geschwächt oder wenigstens nicht stärker geworden. Das ist die Situation, wie sie jetzt schon klar vor uns steht. Führe man sich dann noch die großen gesetzgeberischen Aufgaben auf dem Steuer- und Wirtschaftsgebiete vor Augen. Ist da nicht mit aller Eindringlichkeit und absoluter Klarheit der Weg

gekennzeichnet, den eine Arbeitergewerkschaft und auch jeder einzelne Arbeiter zu gehen hat?

Dem „Vorwärts“ geben diese, uns stets als selbstverständlich geltende Schlußfolgerungen Anlaß, seinen Mut an die Führer der freien Gewerkschaften mit folgendem Erguß zu fällen:

„Wann hätten die Gründer der christlichen Gewerkschaften, die bekanntlich mit ihren Gründungen ein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften schaffen wollten, je gedacht, solche Neukerungen in einem christlichen Gewerkschaftsorgan zu finden? Andererseits könnte man in die Veruchung geraten, die zunehmende Einsicht christlicher Gewerkschaftsführer in das Wesen des Kapitalismus mit jener Harmonieduselei und Hoffnungsfreudigkeit zu vergleichen, die in die Bureaufratie der freien Gewerkschaften ihren Einzug gehalten haben. Wenn wir vorläufig von diesem Vergleich Abstand nehmen, so nur deshalb, weil noch abzuwarten ist, ob die christlichen Gewerkschaften aus ihrer sozialen Einsicht auch politisch die nötigen Konsequenzen zu ziehen bereit sind, und weil andererseits die Kurzlebigkeit jener Politik zu evident ist, die von den gegenwärtigen „Führern“ der freien Gewerkschaften mit so unruhlichem Eifer betrieben wird.“

Wir sind die Letzten, die den Führern der christlichen Gewerkschaften das Lob „ob ihrer zunehmenden Einsicht in das Wesen des Kapitalismus“ aus dem Munde des „Vorwärts“ mißgönnen. Ebenso kalt läßt uns die gegen die „Führer“ der freien Gewerkschaften erhobene Beschuldigung der Harmonieduselei und Hoffnungsfreudigkeit, die in die Bureaufratie der freien Gewerkschaften ihren Einzug gehalten haben. Wenn wir trotzdem unsere Meinung dazu sagen, so geschieht es nur zu dem Zweck, die Mitglieder der freien Gewerkschaften darauf hinzuweisen, mit welchen Mitteln man auf eine Gegenfähigkeit zwischen Massen und „Führer“ hinarbeitet. Man weiß, daß das Wort „Bureaufratie“ bei Arbeitern einen schlechten Klang hat. Darum wird es absichtlich angewandt, um alle diejenigen, die durch das Vertrauen der Arbeiter ein Amt bekleiden, aber nicht auf den phrasenreichen Radikalismus eingeduldet sind, als bureaufratistisch verurteilt hinzustellen.

Wer die freie Gewerkschaftsbewegung auch nur oberflächlich kennt, wer da weiß, wieviel Opfer und Mühen in den letzten Jahrzehnten notwendig waren, um die Berufsverbände in ihre achtungsgebietende Stellung zu bringen, wer da weiß, welchen sozialen Aufstieg die Arbeiter ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu danken haben, der wird diese Ausführungen des „Vorwärts“ als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind, als eine unverantwortliche Verleumdung gewerkschaftlicher Vertrauenspersonen. Gerade weil die Führer der Gewerkschaften in steter persönlicher Fühlung mit den Mitgliedern sind, weil sie miteinander Hand in Hand arbeiten, kann eine Entfremdung nicht auftreten, sie müßte gerade künstlich geschürt werden und findet nur bei denen Eingang, die sich um nichts weiter kümmern, als um das Einbeimfen von Erfolgen. Es hieße Wasser ins Meer gießen,

an dieser Stelle nachzuweisen, welche Aufgaben die „Führer“ der freien Gewerkschaften zu lösen haben und wie sie ihnen gerecht werden. Eines muß aber gesagt werden: Gewerkschaftsführer, die nur von der Schreibstube aus irgendeine Bewegung leiten wollten, sind ein Ding der Unmöglichkeit. Tatkräftig greifen sie überall ein, stehen stets mit dem Schatz ihrer Erfahrungen bereit, anfeuernd, beschwichtigend, je nachdem es die gegebenen Verhältnisse erheischen, in lebendiger Fühlung mit den Mitgliedern. Wer das Gegenteil behauptet, wer den Vorwurf der Harmoniedieberei gegen Führer der freien Gewerkschaften erhebt, handelt wider besseres Wissen. Doch darüber machen sich die keine Sorgen, denen daran liegt, ihrem Radikalismus zum Siege zu verhelfen. Von keiner Sachkenntnis getrübt, von keinem gewerkschaftlichen Pflichtgefühl beschwert, können Leute, wie ein Dr. Meyer im „Vorwärts“, die Zerfleischung der Arbeiterbewegung ungehindert betreiben. Stehen ihnen die Gewerkschaftsführer dabei in geschlossener Phalanx hindernd im Wege, so müssen sie mit allerhand Unflat bombardiert werden. Die freien Gewerkschaften, Führer wie Mitglieder, durchschauen diese demagogischen Treibereien. In ihnen ist das Gefühl innerlichster Zusammengehörigkeit viel zu gut ausgeprägt, als daß es gelingen sollte, sie auseinander zu treiben und zum willenlosen Werkzeug der Kapitalisten zu machen.

Wir wissen uns eins mit den Mitgliedern unseres Verbandes, wenn wir solche Angriffe und werden sie auch vom „Vorwärts“ unternommen, energisch zurückweisen. Ist es doch unsere heiligste Pflicht, die Einigkeit und Geschlossenheit der freien Gewerkschaften zu wahren. Denn große Aufgaben sind jetzt und noch größere nach dem Kriege zu lösen. Wir erwarten mit Bestimmtheit von unseren Mitgliedern, daß sie alles daran setzen, um eine Zerfleischung ihrer Berufsorganisation zu verhindern. Das traurige Amt der Selbstvernichtung wollen wir neidlos den unverantwortlichen Schreibtübengeiern im „Vorwärts“ und anderen Stellen überlassen. Wir besitzen die Hoffnungsfreudigkeit, daß in sehr kurzer Zeit auch die demagogisch irreführenden Arbeiter zur Erkenntnis kommen, daß sie auf falschem Wege sich befinden, wenn sie glauben, praktische Arbeit durch phrasen-umbräunte Theorien zu erziehen. Wie vor dem Kriege, so auch jetzt und immerdar, wollen wir in jeder Zusammenarbeit der Massen und Führer unserem Ziele zustreben.

### 7. Nachtrag zum Reichstarif für das Lederausrüstungsgewerbe Deutschlands.

1. Patronengurte für Kolonialtruppen, einschl. Nieten (ausschl. Seitengewehrtafche fertigen und Druckstöpsel nieten)	Mf.	4,40
2.* Spatentaafche für Kolonialtruppen, ausschl. Nieten	0,70	
Spatentaafche (Randnaht m. Maschine genäht)	0,45	
3. Tragegerüste für Kolonialtruppen, einschl. Nieten	0,57	
4.* Tafche für Doppelfernrohr 03, ausschl. Nieten	0,90	
5.* Tafche für Fernglas 08, ausschl. Nieten	0,72	
6.* Meldetartentaafche für Infanterie	2,—	
7. Packtafche für Fußartillerie	4,75	
Maschinennaht: Doppelung an den Böden, Kopfstück und 2 Verbindungsnahte am Sinterteil.		
8. Brotbeutel belegen, einschl. Gafen nieten	0,33	
Brotbeuteltragband, einschl. Nieten (Schmalle und Schieber mit der Hand eingenaht)	0,17	
9. Zeltzubehörbeutel belegen	0,14	
10. Gendarmen für schwere Zugpferde Nr. 206 des Reichstarifs		
a) ohne Kummertföbel und ohne Leineringe	0,61	
b) mit Kummertföbel und ohne Leineringe	0,75	
c) mit Kummertföbel u. mit Leineringe	0,88	
11. Packtafche für Pferde schweren Schlags mit 2 Hufeisentafchen	4,35	
Maschinennaht	0,35	
Auf vorstehende Lohnsätze sind für Pos. 1—9 20 Proz. und für Pos. 10 u. 11 10 Proz. Kriegszuschlag zu zahlen. Sie gelten ab 11. September 1916, wo unter Vorbehalt gearbeitet worden ist, vom Tage des Einspruchs ab.		

Berlin, den 11. September 1916.

### Bericht über die Sitzung der Zentraltarifkommission für das Lederausrüstungsgewerbe.

In den Räumen der Berliner Handelskammer fand am 11. September eine Sitzung der Zentraltarifkommission unter Vorsitz des Herrn Syndikus Dr. Meyer statt. Als Besucher waren anwesend von den Arbeitgebern die Herren Bachhaus, Busse und Mühlensfeld, von den Arbeitnehmern die Herren Nibel, Woth und Hermann. Als Auskunftspersonen von Seiten der Arbeitgeber die Herren Arnade, Coban und Hofmann, als Vertreter der vertragsschließenden Organisationen Herr Dr. Metz und Herr Hauptmann Junke, die Herren Hauptmann, Weinschild und Herr Sturm vom Reichs-Dunckerischen Gewerbeverein.

Nach Festsetzung der Arbeitslöhne, siehe 7. Nachtrag, beschäftigte sich das Zentraltarifamt mit folgenden wichtigen Fragen:

1. Vom Vertreter des Verbandes der Sattler und Portefeuller wurde angeregt, Erörterungen darüber zu pflegen, ob man nach der Ansicht der vertragsschließenden Parteien für festgesetzte Stücklohnsätze Stundenlöhne gezahlt werden dürfen?

Zur Begründung führte Herr Nibel einige Beispiele aus der Praxis an, wonach Unternehmer, anstatt für Artikel, für die im Reichstarif Stücklohnsätze festgesetzt sind, Zeitlöhne einführen, um auf diese Weise einen höheren Verdienst auf Kosten der Arbeiter zu erzielen. Daß dieses nicht angängig sei, ging schon aus dem § 3 des Reichstarifs hervor. Nachdem auch die Arbeitgeberbeisitzer dazu gesprochen haben, formulierte der Vorsitzende unter allgemeiner Zustimmung folgenden Meinungsausdruck:

„Die anwesenden Arbeitnehmervertreter und die Mehrheit der anwesenden Arbeitgebervertreter sind der Ansicht, daß nach der Ansicht der Vertragsparteien für Handarbeiten, für welche im Reichstarif Stücklöhne festgesetzt sind, diese, nicht Stundenlöhne, gezahlt werden müssen.“

2. Die Bielefelder Schlichtungskommission hat in ihrer Sitzung vom 17. August beschloffen, daß Ansprüche der Arbeiter, insbesondere Nachforderungen über zu wenig gezahlte Stunden- oder Stücklöhne, welche mehr als 4 Wochen nach dem Datum des Einspruchs zurückliegen, als verjährt zu erachten sind. Dieser Beschluß soll auch in Zukunft für den ganzen Distrikt maßgebend sein. Gegen diesen Beschluß hat der Verband der Sattler und Portefeuller Verufung beim Zentraltarifamt eingelegt. Dasselbe gab dem statt und soll für neue Entscheidungen folgende Auffassung den Schlichtungskommissionen als Richtlinien zur Berücksichtigung empfohlen werden:

„Ansprüche von Arbeitnehmern aus dem Reichstarif sind spätestens innerhalb 6 Monaten, jedoch nicht später als drei Monate nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnisse, durch Klage oder durch Einspruch bei dem Arbeitgeber geltend zu machen. Als Einspruch gilt auch eine diesbezügliche Erklärung des Organisationsvertreters gegenüber dem Arbeitgeber. Ansprüche, die nicht innerhalb der vorbezeichneten Frist geltend gemacht sind, verlieren ihre Wirksamkeit.“

(Die Kommission ist sich darüber einig, daß bei einem künftigen neuen Tarifabkommen eine besondere Regelung der Frage erfolgen soll.)

Um Streitigkeiten zu vermeiden, wollen wir hier feststellen, daß die Frist 6 Monate vom Tage des Einspruchs ab zurückgerechnet, gilt. Infolge dieses Beschlusses wurde der Verufung des Verbandes der Sattler und Portefeuller gegen eine Entscheidung der Bielefelder Schlichtungskommission stattgegeben. Die Firma Nagel in Bielefeld hat bei den Positionen 21 und 22 des Reichstarifs anstatt 20 Proz. nur 10 Proz. Kriegszuschlag vergrößert. Vor der Schlichtungskommission kam eine Einigung zustande, wonach die Firma Nagel sich verpflichtet, 4 Wochen vom Tage des Einspruchs ab, d. h. also vom 28. April 1916, die fehlenden 10 Proz. nachzuzahlen. Das Zentraltarifamt hat beschloffen, diese Entscheidung aufzuheben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an die Schlichtungskommission zurückzugeben.

3. Die Schlichtungskommission in Dresden hat in ihrer Sitzung vom 31. Juli es abgelehnt, über Lohnforderungen zu verhandeln, die aus dem Jahre 1915 datieren und Einspruch damals nicht erhoben wurde. Auch gegen dieses Urteil wurde vom Verband der Sattler und Portefeuller Einspruch erhoben und hat das Zentraltarifamt wie im vorerwähnten Falle entschieden.

4. Die Bielefelder Schlichtungskommission hat bei dem Vorsitzenden angefragt, wer zur Einlegung einer Verufung gegen die Entscheidung der Schlichtungskommission zuständig ist, wenn der verurteilte Arbeitgeber keinem Verbandsangehöriger?

Der Vorsitzende hat hierauf folgenden Bescheid gegeben:

„Nach meiner Ansicht haben Arbeitgeber, welche gegen die Entscheidung einer Schlichtungskommission das Rechtsmittel einlegen wollen, sich dieserhalb mit der Vereinigung deutscher Fabrikanten der Heeres-ausrüstung e. B., Berlin SW. 68, Zimmerstr. 3/4, in Verbindung zu setzen. Die genannte Vereinigung ist Arbeitgebervertragspartei des Tarifvertrages und dürfte deshalb verpflichtet sein, sich auch derjenigen Arbeitgeber anzuschließen, die ihr nicht als Mitglied angehören.“

Die Kommission nimmt zustimmend Kenntnis.

5. Die Firma Herfeldt u. Reitzberg in Elberfeld hat das Zentraltarifamt um Auskunft darüber erucht, ob sie nach dem Reichstarif entlohnen muß, wenn sie weder Mitglied der Vereinigung deutscher Heeresfabrikanten ist, noch ihre Aufträge von der Heeresverwaltung hat, und zweitens auf Grund welchen Gesetzes die Schlichtungskommission zuständig ist?

Es wurde beschloffen, der Firma Herfeldt u. Reitzberg in Elberfeld folgenden Brief zu schreiben:

„Auf Ihre Anfrage vom 25. v. Mts. erwidern wir Ihnen, daß die Militärverwaltung die Aufträge nur unter der Bedingung erteilt, daß die Auftragsempfänger den Reichstarif innehalten oder für dessen Innehaltung durch ihre Beauftragten sorgen. Hieraus ergibt sich, daß die unmittelbaren Auftragsempfänger für Tarifverletzungen auch dann ersatzpflichtig sind, wenn sie von den ihrerseits Beauftragten begangen werden.“

Die Zuständigkeit der Schlichtungskommission und der Zentraltarifkommission ist im Reichstarif bestimmt.

Zu weiteren Auseinandersetzungen, insbesondere zu theoretischen Erörterungen über die gesetzliche Grundlage des Tarifes, sieht sich die unterzeichnete Kommission nicht veranlaßt.“

In Nr. 37 unserer Zeitung haben wir den Bericht der 2. Sitzung der Stuttgarter Schlichtungskommission veröffentlicht, woraus u. a. hervorgeht, daß die Zeitlohnarbeiter der Firma Knoll für den Sonnabend vor Ostern, an dem sie angeblich wegen Materialmangels aussetzen mußten, Bezahlung verlangen. Die Schlichtungskommission hat diesen Tag als angeordneten Feiertag betrachtet und demgemäß beschloffen, daß die Arbeiter Anspruch auf Bezahlung haben. Die Firma Knoll wünscht eine Meubierung seitens des Zentraltarifamts, ob sie zur Bezahlung auch verpflichtet ist, wenn sie Materialmangel nachweisen könne. Das Zentraltarifamt beschloß, der Schlichtungskommission in Stuttgart, z. B. des Herrn Weidenbacher, folgendes zu schreiben:

„Auf pp. erwidern wir Ihnen folgendes:

Nach dem uns überlieferten Protokoll der dortigen Schlichtungskommission hat diese dahin in der Sache gegen Knoll entschieden, daß die Beklagte verpflichtet ist, für den Sonnabend vor Ostern die tarifmäßigen Zeitlöhne zu zahlen. Da gegen diese Entscheidung selbst von keiner Partei ordnungsmäßig Verufung eingelegt ist, steht für uns jeder Anlaß, uns damit zu beschäftigen.“

Ueber die allgemeine Frage, ob die Beklagte zur Zahlung auch verpflichtet wäre, wenn sie Materialmangel nachweisen könnte, wird die Auskunftserteilung abgelehnt. Wir erachten uns zu derartigen allgemeinen Auskünften nicht für zuständig, abgesehen davon, daß diese Frage sich auch sachlich nur von Fall zu Fall wird beantwortet lassen.

Ueber die weitere in dem Protokoll erwähnte Forderung der Zeitlohnarbeiter und -arbeiterinnen auf Bezahlung von 2 nicht gearbeiteten Stunden am Samstag vor Pfingsten liegt offenbar noch keine Entscheidung der Schlichtungskommission vor. Wir müssen jedoch darauf bestehen, daß die Schlichtungskommission zunächst eine derartige Entscheidung trifft. Wir würden in der Angelegenheit nur Stellung nehmen können, wenn gegen die Entscheidung ordnungsmäßig Verufung eingelegt wird.“

### Der Reichskanzler zur Frage der Volksernährung.

Die Generalkommission hatte, gemeinsam mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei, dem Reichskanzler Wünsche und Vorschläge für die Regelung der Volksernährung unterbreitet. Die Antwort auf diese Eingabe ist jetzt eingegangen. Es heißt darin:

„In dem Wunsche, die vorhandenen Lebensmittel möglichst gleichmäßig und gerecht zu verteilen und die Lebensmittelpreise noch während des Krieges auf ein erträgliches Maß herabzudrücken, bin ich mit Ihnen einig. Daß dieses Ziel noch nicht vollkommen erreicht ist, daß noch Mängel bestehen, deren Beseitigung dringend erwünscht ist, erkenne ich an. Die Errichtung des Kriegsernährungsamtes und dessen bisherige Tätigkeit legt Zeugnis von dem Bestreben ab, eine möglichst schnelle und möglichst nachhaltige Besserung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes zu erzielen.“

Es werden dann verschiedene Maßnahmen der Regierung aufgezählt und weitere angekündigt. Ueber die Preispolitik wird folgendes gesagt:

„Die Preise einiger wichtiger Lebensmittel sollen in absehbarer Zeit einen allmählichen Abbau erfahren. Für Futtermittel und für einzelne aus Getreide hergestellte Nahrungsmittel, insbesondere Getreid und Graupen, kann dieses Ergebnis schon jetzt in Aussicht gestellt, für Fleisch wenigstens erhofft werden.

Mein Bestreben ist auch im Hinblick auf den Uebergang der Kriegs- in die Friedenswirtschaft darauf gerichtet, die Preise für möglichst viele Lebensmittel allmählich zu senken. Es bestehen hier aber sehr große, in der Sache liegende Schwierigkeiten, die es unmöglich machen, die Preise aller Lebensmittel durch behördliche Anordnungen zu beeinflussen. Die Gesetze des Wirtschaftslebens erweisen sich auch im Kriege vielfach stärker als die Staatsgewalt und machen es unmöglich, die Sicherung des Bedarfs, die in erster Linie stehen muß, mit niedrigen Preisen zu vereinbaren.

Inbesondere wird bei den bedeutendsten Massenernährungsmitteln, bei Brot und Kartoffeln, an eine Herabsetzung der Preise zurzeit nicht gedacht werden können. Die Preise können aber auch nicht als unangemessen bezeichnet werden.

Der für 1916/17 festgesetzte Roggenpreis von 220 Mk. pro Tonne bedeutet eine Erhöhung von annähernd 28 Proz. gegenüber dem zehnjährigen Durchschnittspreis von 1905/1914 Berliner Notierung. Im Hinblick auf die erhöhten Aufwendungen, die auch die Landwirtschaft während des Krieges machen muß, und auf die mannigfaltigen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, wird man diese Preisgestaltung nicht unbillig nennen dürfen, zumal die Landwirte, die ihr Brotgetreide zu einem solchen Preise verkaufen müssen, zum großen Teil gezwungen sind, die zur Durchhaltung ihres Viehes notwendigen Futtermittel zu einem erheblich höheren Preise einzukaufen.

Ähnlich verhält es sich mit den Kartoffeln, die im Kriege gleichfalls eine andere Bewertung erfahren müssen als in Friedenszeiten. In den beiden ersten Kriegsjahren wurde versucht, den Wünschen aus Verfrachterkreisen entgegenzukommen und die Speisefertigkartoffeln möglichst billig in Preise zu erhalten. Das brachte es mit sich, daß für Futterkartoffeln, weil andere gleichwertige Futtermittel bedeutend höher im Preise standen, vielfach ein wesentlich höherer Preis gezahlt werden mußte als für Speisefertigkartoffeln. Die Sicherung des Speisefertigkartoffelbedarfs der Bevölkerung ist durch diese Zusammenhänge in den beiden ersten Kriegsjahren außerordentlich erschwert worden. Es konnte deshalb in diesem Jahre die Verantwortung für die Sicherstellung des Speisefertigkartoffelbedarfs der Bevölkerung ohne den festgesetzten Höchstpreis von 4 Mk. nicht übernommen werden. Da die Bedarfssicherung allem anderen voranzugehen hat, wird eine Ermäßigung dieses Preises unter obwaltenden Umständen nicht in Frage kommen können.“

Diesem schlechten Trost folgt die Versicherung, daß die Regierung Maßnahmen getroffen habe und weiter treffen werde, die eine Unterbindung der Preisstreiberie und Spekulationen auf dem Lebensmittelmarkt zum Zweck haben. Den Schluß des Schreibens bildet folgende Ermahnung:

„Es darf aber über den noch vorhandenen Mangel und den unbestreitbaren Schwierigkeiten, die sich der Ernährung des Volkes entgegenstellen, nicht übersehen werden, daß die Ursachen dieser Schwierigkeiten letzten Endes nicht in den Mängeln unserer Einrichtungen, sondern in den englischen Abwehrmaßnahmen zu suchen sind. Es will mir scheinen, als wenn in den Erörterungen über die Ernährungsschwierigkeiten die englischen Nahrungungspläne gegenwärtig allzusehr in den Hintergrund getreten seien. Dadurch wird die Stimmung der Bevölkerung in eine falsche Richtung geleitet und die notwendige Verständigung über die besten Wege zur Ueberwindung der Ernährungsschwierigkeiten zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen erschwert. Ich würde es mit Dank begrüßen, wenn sich die Ihrem Einfluß zugängliche Presse anregen ließe, diesem letzten Grund aller Ernährungsschwierigkeiten zu der ihm gebührenden Beachtung zu verhelfen. Das sollte um so mehr geschehen, als gesagt werden darf, daß die allem Völkerecht hohnsprechende englische Kriegführung auf wirtschaftlichem Gebiete schließlich ebenso wirkungslos bleiben wird, wie sie verwerflich ist. Wohl verursacht sie Schwierigkeiten. Aber dank der guten Ernte dieses Jahres kann das deutsche Volk mit ruhiger Sicherheit dem Siege und dem Frieden entgegengehen.“

(gez.) v. Bethmann Hollweg.

Zu der vorwurfsvollen Ermahnung im letzten Teil der Antwort des Kanzlers schreibt das „Correspondenzblatt“ sehr richtig:

„An diesem Nahrungungskrieg der Engländer können wir nichts ändern, den wird England fortsetzen, solange es sich davon Erfolge verspricht. Gerade deshalb ist es um so notwendiger, daß in Deutschland alles geschieht, um den von England erprobten Erfolg zu verhindern. Und in diesem Punkte sind

wir nach wie vor der Auffassung, daß die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung unzureichend, zum Teil gar verfehlt waren.“

Das ist ganz unsere Meinung. Es hat keinen praktischen Zweck, wenn die Presse sich entrüftet über die englischen Nahrungungsversuche, denn sie wird mit der herbiten Kritik und den stärksten Worten England nicht veranlassen, seine Politik zu ändern. Im Gegenteil, England wird seinen Druck verstärken, seine Maßnahmen verschärfen, wenn es aus den Äußerungen der deutschen Presse erficht, daß die Not im Lande steigt. Wenn aber die unabwendbaren Folgen des Krieges verschärft werden durch den Eigennutz der eigenen Volksgenossen, durch unzureichende oder verkehrte Maßnahmen der Regierung, so hat die Presse die Pflicht, das zu kritisieren, solange sie hoffen darf, mit ihrer Kritik etwas zu bessern. Die Hoffnung aufrechtzuerhalten wird der Presse und dem Volke allerdings schwer genug gemacht. Um so bedauerlicher ist es, daß nun auch der Reichskanzler den Versuch macht, die Kritik der Presse auf ein Gebiet zu lenken, wo sie nichts nützt, aber viel schaden kann.

Die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt beeinträchtigt unsere Volksernährung gewiß sehr, aber die eigentlich verbitternden Erscheinungen haben andere, näher liegende Ursachen. England ist nicht schuld daran, daß unsere Frühkartoffeln in Massen verfaulen, weil die Landwirte übergroße Mengen auf den Markt warfen, um die jüdisch hohen Frühpreise zu erhalten, während gleichzeitig ungezählte Arbeiterfamilien darben mußten, weil sie die hohen Kartoffelpreise nicht zahlen konnten. England ist nicht schuld daran, daß wir in einem Jahre, in dem die Obstbäume zum Brechen voll hängen, Obstpreise haben, die geradezu unerhört, jedenfalls für weite Volkskreise unerschwinglich sind. Oder sind etwa die Wackstumskosten des Obstes auch gestiegen? Ist Regen und Sonnenschein teurer geworden? Oder ist etwa England schuld daran, daß eine kleine Dose Sardinen (norwegische, eigentlich aber gar keine Sardinen, sondern ordinäre Fische!), für die der Hamburger Importeur einschließlich Zoll und Spesen 18 Pf. gezahlt hatte, den Verbraucher in Königsberg zu einem Preise von 1,24 Mk. erreichte? Nein, nicht Englands Nahrungungspolitik trägt die Schuld an solchen Erscheinungen, sondern die ganz gewöhnliche Verdrückungsjucht der eigenen Volksgenossen. Und wenn der Reichskanzler etwa meint, daß diese Seite der Ernährungsschwierigkeiten in der Gewerkschaftspropaganda scharf hervorgehoben wird, so irrt er. Den Wucherern kann gar nicht scharf genug auf die Finger geklopft werden, und die Regierung kann gar nicht oft und ernst genug ermahnt werden, der Gefahr, die der Volksernährung durch die Nahrungserer im eigenen Lande droht, entgegenzutreten.

### Die fünfte deutsche Kriegsanleihe.

Die neue Kriegsanleihe ist vom 4. September bis 5. Oktober zur Zeichnung bei der Reichsbank, der Preussischen Staatsbank (Königl. Seehandlung), sämtlichen deutschen Banken, öffentlichen Sparkassen, Postanstalten, Lebensversicherungsgeellschaften und Kreditgenossenschaften aufgelegt. Es werden wie bisher fünfprozentige Schuldverschreibungen des Reiches und 4 1/2prozentige Reichsschatzanweisungen ausgeben, und zwar in Stücken zu 20 000, 10 000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mk. Die Zinsscheine der Reichsanleihe sind am 1. April und 1. Oktober zahlbar, der erste Zinsenlauf beginnt am 1. April 1917, der erste Zinszinsen ist am 1. Oktober 1917 fällig. Bei der Schatzanweisung beginnt der Zinsenlauf bereits am 1. Januar und der erste Zinszinsen ist am 1. Juli fällig. Die Schuldverschreibungen sind bis 1. Oktober 1924 seitens des Reiches unkündbar; die Inhaber können aber jederzeit wie bei anderen Wertpapieren über sie verfügen, also verkaufen oder verpfänden. Die Tilgung der 10 Serien Schatzanweisungen erfolgt durch serienweise Auslosung in den Jahren 1923 bis 1932. Der Zeichnungspreis beträgt bei der Reichsanleihe 98 Mk. und, wenn Eintragung in das Reichsschuldbuch mit Sperre bis 15. Oktober 1917 beantragt wird, 97,80 Mk.; bei den 4 1/2prozentigen Reichsschatzanweisungen 95 Mk. für je 100 Mk. Nennwert. Ueber die weiteren Bedingungen unterrichtet der vom Reichsbankdirektorium veröffentlichte Prospekt.

Es ist bei den früheren Kriegsanleihen wiederholt die Frage aufgeworfen worden, ob es sich empfiehlt, Gewerkschaftsgelder hier anzulegen. Soweit solche Anfragen an die Generalkommission gerichtet wurden, hat diese stets die Auffassung vertreten, daß die Anlage durchaus zu empfehlen ist. Das gilt nicht minder für die fünfte Kriegsanleihe. Die Bedingungen sind die günstigsten, die bisher in Deutschland bei öffentlichen Anleihen gewährt wurden, der nominelle Zinsfuß von 5 bzw. 4 1/2 Proz. wird noch im ersteren Falle durch den niedrigeren Zeichnungskurs auf 5,10 Proz. erhöht. Bei den Schatzanweisungen erhöht sich der Zinsfuß aus dem gleichen Grunde auf 4,74 Proz. Durch die fünfprozentige Differenz zwischen Zeichnungspreis und

Auslosungswert der Schatzscheine steigt der Zins-ertrag im günstigsten Falle auf 5,51 Proz. und im ungünstigsten auf 5,07 Proz., je nachdem, wie frühzeitig die Auslosung erfolgt. Eine so hohe Verzinsung in ü n d e s j ä h r e r deutscher Papiere war früher nicht zu erzielen, und sie hat noch den weitest-ten Vorteil, daß sie den Kursstand der Anleihe auf eine sicherere Basis stellt, als es bei den früheren drei- bis vierprozentigen deutschen Anleihen vor dem Kriege der Fall war, wo der höhere Ertrag der industriellen Werte den Kurs der öffentlichen Anleihen beeinträchtigte.

Inwieweit die Gewerkschaften also während der Kriegszeit Gelder fest anlegen können, bieten die Kriegsanleihen ihnen die besten Möglichkeiten dazu. Das gilt natürlich auch für solche Privatpersonen, die in der Lage sind, gewisse Summen auf längere Zeit festzulegen. Für die Arbeiter wird das zwar nicht oft der Fall sein, da ihr Budget eine solche Stetigkeit nicht aufweist, wie sie für die längere Festlegung ihrer Spargelder erforderlich wäre. Wo es aber doch der Fall ist, kann der höhere Zins-ertrag der Kriegsanleihen gegenüber dem niedrigen Zinsfuß der Sparkassen auch dem einzelnen Arbeiter empfohlen werden. Die Stücke zu 100, 200 usw. Mk. sind den Bedürfnissen der Minderbemittelten angepaßt.

Vom grundsätzlichen Standpunkt kann diese Gedanklage ebenso unbedenklich empfohlen werden. Die Kriegsanleihen dienen der Sicherstellung des Reiches und damit der Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Volkes auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Die auf diesem Wege auf-gebrachten Mittel finden ihre Verwendung zur Ver-fergung unserer Volksgenossen an der Front, zur Pflege der Verwundeten und Kranken, zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer und zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens. Es sind unsere Söhne und Brüder, unsere Arbeitskameraden und Kampfes-genossen im Frieden, die die große Masse der deut-schen Heere in Ost und West bilden. Für sie zu sorgen, der Krieg nicht gewollt haben, aber ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllen, das ist die Verpflichtung aller, die dabei sein können. Soweit das durch die Anlage von überflüssigen Gel-dern in der Kriegsanleihe geschehen kann, sollten sowohl unsere Organisationen als Einzelpersonen sich daran beteiligen.

Das trägt auch am besten zur schnelleren Be-ndigung des Krieges bei. Die Feinde des Reiches warten noch immer auf den finanziellen Zusammen-bruch Deutschlands, den sie vor zwei Jahren etwas boreilig prophezeit haben. Der Erfolg der bisherigen Kriegsanleihen hat ihnen immer wieder die Hoff-nungslosigkeit ihrer Erwartungen gezeigt. Wir zweifeln nicht daran, daß auch die fünfte Kriegs-anleihe den gleichen Erfolg aufweisen wird. Das bedeutet aber, daß den Kriegshebern in England und Frankreich eine weitere Waffe aus der Hand ge-schlagen wird. Daran mitzuwirken haben alle, die den Frieden wünschen, ein Interesse.

### Der christliche Lederarbeiterverband im Jahre 1915.

In der letzten Nummer veröffentlicht das „Zentralblatt“ den zusammenfassenden Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915. Danach haben von 25 dem Gesamtverbande ange-schlossenen Gewerkschaften 23 mit einem erheblichen Verlust abgechnitten; nur zwei, und zwar der Ver-band der Heimarbeiterinnen und der der Kranken-pfleger weisen einen Zuwachs an Mitglieder auf. Der Jahresdurchschnitt 1915 ist auf 176 137 gegenüber 282 744 im Jahre 1914 zurückgegangen. Am 31. De-zember 1915 waren nur noch 162 425 Personen christ-lich organisiert. Zu den Verbänden, die außerordent-lich durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wur-den, gehört der C h r i s t l i c h e L e d e r a r b e i t e r -verband, trotzdem sein Rekrutierungsgebiet sich auch auf Berufe erstreckt, für die die Kriegsindustrie in erheblichem Maße in Betracht kommt. Die durch-schnittliche Mitgliederzahl ist von 4361 im Jahre 1914 auf 1547 im Jahre 1915 herabgegangen. Am Jahres-schluß zählte der Christliche Lederarbeiterverband 1156 Mitglieder, darunter 130 weibliche. Der Ver-lust im Jahre 1915 beträgt 2752 männliche und 262 weibliche Mitglieder. Die Gesamteinnahme des Jahres 1915 setzt sich zusammen aus:

Aufnahmegebühren . . . . .	118 Mk.
Beiträge . . . . .	31 427 „
Sonstige Einnahmen . . . . .	3 960 „
Jusgesamt . . . . .	35 505 Mk.
Die Ausgaben betragen . . . . .	40 667 „
Wehrausgabe . . . . .	5 162 Mk.

Am 31. Dezember war ein Kassenbestand von 41 586 Mk. vorhanden, davon 37 535 Mk. in der Hauptkasse. An Lohnbewegungen war der Verband einmal (Schaffung des Reichstarifs) mit 520 Mit-gliedern beteiligt.

Der Mensch macht's.

Man hört jetzt oft, daß unsere Feinde in militärischen Operationen, technischen Fortschritten oder dergleichen nachzuahmen suchen, daß sie aber mit ihren Versuchen kein Glück hätten, weil die Menschen es ausmachen.

Merkwürdig, wenn es gerade in die Rechnung hinpaßt, dann ist es von Bedeutung, dieses Mensch sein, Persönlichkeit sein, dann gilt es als praktisch und gut, und wertvoll und natürlich, wenn der Mensch dort steht, wofür ihn die Natur bestimmt hat.

Wir wissen es schon lange, daß es der Mensch macht, daß zwei Sachen völlig gleich sein können, aber doch verschieden sind, weil sie einmal in den Händen eines Menschen ist, der zu der Sache gehört, während sie das andere Mal in den Händen eines unfähigen Kopfes ist.

Man gehe doch nur mal all die verschiedenen Gebiete durch. Welch prächtige Menschen gibts da nicht in der Kunst, in der Wissenschaft, in der Technik und wieviele sind nicht da, die äußerlich das selbe Kunstzeug haben, aber nichts als Stümper sind.

Woher kommt das? Weil das Geld es macht und nicht der Mensch, die Beziehungen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit und der Name, aber nicht die Persönlichkeit.

Immer und immer wieder stellt man heute an den Handlungen unserer Feinde fest, daß die Menschen es sind, die der Sache ihren Charakter geben. Nun, dann wollen wir von unseren Feinden lernen und auch bei uns daheim die Leistungen bestimmend sein lassen von der Persönlichkeit. Dann wollen wir mal damit anfangen, nur die Tüchtigen überall auf die verschiedenen Posten zu stellen und den Unfähigen dahin, wohin er allein gehört, selbst wenn er der Sohn eines Kommerzienrats oder Ministers ist. Der Mensch macht's ja doch, der Mensch.

Aus Industrie und Handel.

Englische und deutsche Lederwaren. Der australische Minister Hughes hat in seinen geschwollenen Reden immer erklärt, am Ende des Krieges müßte man sagen können, daß die deutsche Herrschaft über Handel und Industrie ein für allemal vorbei sei. Diese hochtönenden Phrasen scheint man in englischen Handelskreisen doch nicht ganz ernst zu nehmen. Man fürchtet, daß, wenn erst einmal der Krieg vorüber ist, die deutschen Waren nach wie vor gefaßt werden. In der "Daily Mail" läßt sich ein Groß-einkäufer seiner Lederwaren, die vor dem Kriege zum großen Teil von Deutschland geliefert und, mit englischen Firmenzeichen versehen, verkauft wurden, sehr pessimistisch über die Zukunft des Lederwarengeschäfts vernehmen. Solange der Krieg dauert, und keine deutschen Waren nach England kommen, meint er, wird man gezwungen sein, das englische Erzeugnis zu kaufen. Sehr fraglich sei es aber, ob das nach dem Kriege der Fall sein werde. Keine Firma, so sagt dieser Sachmann, werde bestehen können, so lange die deutschen Erzeugnisse die Möglichkeit erhalten, mit dem englischen Fabrikat in Wettbewerb zu treten. "Was nützt es, wenn ich eine schöne, ganz aus englischem Material gefertigte Ledertasche in meinem Schaufenster mit einem Pfund Sterling auszeichne und wenige Schritte von meinem Erker entfernt ist eine deutsche Tasche für 18 Schilling 6 Pence zu haben, die die Aufschrift trägt: "Bestes englisches Fabrikat". Jede Käuferin wird natürlich die deutsche Tasche nehmen, weil sie glaubt, daß sie die gleiche Ware für einen billigeren Preis erhält!" Ein anderer Lederwarenhändler äußert ähnliche Bedenken und meint: Die deutsche Einfuhr muß so erschwert werden, daß gedankenlosen und unpatriottischen Käufern gar keine Gelegenheit mehr geboten werden kann, deutsche Waren zu kaufen. Es ist allerdings das einfachste Mittel, sich einen unangenehmen Konkurrenten vom Leibe zu halten, wenn man feinen Waren den Zutritt nach England ganz verbietet. Man verzicht dabei nur, daß es auch genug englische Waren gibt, die der deutschen Industrie das Leben schwer machen und die den deutschen Markt nicht entbehren können.

Rundschau.

Die Menschenverluste des Weltkrieges. Die in Kopenhagen bestehende Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges hat soeben ihren zweiten Bericht herausgegeben, der die Menschenverluste im Kriege behandelt. Ueber den Gesamtcharakter der Schrift bemerkt die "Köln. Zeitung", daß sie eine durchaus wissenschaftliche, unparteiische und von jeder tendenziösen Voreingenommenheit freie Untersuchung darstellt; wenn die Ergebnisse in manchen Punkten zweifelhaft und sogar anfechtbar erscheinen, so liegt das nicht am bösen Willen der Herausgeber, sondern an der Unzulänglichkeit und Lüdenhaftigkeit des zugehenden liegenden statistischen Materials. Die Einleitung betont, daß eine vollständige Erfassung der

durch den Krieg verursachten Menschenverluste sich nicht nur auf die direkten Heeresverluste beschränken dürfe, sondern auch noch folgende Punkte erforschen müßte: Die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen, die Verluste unter der zivilen Bevölkerung durch Kriegsereignisse, die Sterblichkeit unter den Flüchtlingen, die Sterblichkeit unter der zivilen Bevölkerung überhaupt, der Geburtenrückgang. Die Ergebnisse stellen daher nur einen Teil der gesamten Menschenverluste des Krieges dar. Was nun die von der Studiengesellschaft errechneten direkten Heeresverluste anbelangt, so ist bemerkenswert, daß nach dieser, wie schon betont, rein wissenschaftlichen Schätzung der weitaus größere Teil der Verluste auf die Heere der Ententemächte entfällt. Die Verluste unserer Gegner werden wie folgt berechnet:

Table with 5 columns: Land, Tote, Verwundete, Tote und Verwundete, Invaliden. Rows include Belgien, England, Frankreich, Italien, Rußland, Serbien, and Zusammen.

Von diesen Zahlen können allerdings nur die auf England bezüglichen Anspruch auf einige Genauigkeit erheben, da England allein von unseren Gegnern seine Verluste amtlich bekanntgibt. Die Zahlen der übrigen Länder beruhen auf zum Teil recht geschickten Kombinationen und Berechnungen nach irgendwelchen an die Öffentlichkeit gelangten Teilergebnissen, müssen aber doch — trotz aller Sorgfalt in der Abschätzung — mit Vorsicht aufgenommen werden. Die Statistik hat sich bei allen Schätzungen an das Mindestmaß gehalten; wir können es wohl darauf zurückführen, wenn uns einige Resultate noch bedeutend hinter der Wirklichkeit zurückzuliefern scheinen; so halten wir namentlich die italienischen Verluste für viel zu gering, und auch die französischen und russischen bei aller Größe dieser Zahlen noch als reichlich knapp berechnet.

Immerhin läßt sich aus der Tabelle manches Beachtenswerte herauslesen. Sie bestätigt von neuem die Miesenverluste der Ententeheere, die selbst nach dieser sehr vorsichtigen Berechnung allein an Toten und Verwundeten — von Kranken und Gefangenen ganz abgesehen — nahezu 10 000 000 Mann eingebüßt haben. Ein Vergleich der englischen und französischen Ziffern illustriert die Lage vieler Franzosen, daß England sein Blut spart, während das französische in Strömen fließt. Bei Rußland ist beachtenswert der hohe Prozentsatz der Invaliden — fast ein Drittel der Verwundeten — ein trauriges Zeugnis für den Stand der russischen Heilskraft. Der russische Gesamtverlust (mit Kranken und Gefangenen) wird auf über 7 000 000 berechnet.

Die Tarifvertragsentwicklung im ersten Kriegsjahr. Nach einer Zusammenstellung des Reichsamtes für Statistik, Abteilung für Arbeiterstatistik, im 12. Sonderheft des "Reichsarbeitsblattes" bestanden am 1. Januar 1914 12 328 Tarifverträge, die für 193 869 Betriebe mit 1 843 279 Arbeitern abgeschlossen waren. Von diesen traten 2493 Verträge für 29 264 Betriebe mit 279 417 Arbeitern außer Kraft. Dagegen wurden 2870 Verträge für 35 489 Betriebe mit 351 887 Arbeitern neu abgeschlossen, so daß am Schlusse des Jahres ein Bestand von 12 679 Verträgen vorhanden war, die für 200 068 Betriebe mit 1 915 492 Arbeitern abgeschlossen waren. In diesen Angaben sind jedoch Doppelzählungen enthalten, die dadurch entstehen, daß manche Verträge für die gleichen Betriebe und Arbeiter von mehreren Verbänden auf Arbeiter- oder Unternehmerseite gesondert abgeschlossen und für die Statistik gemeldet werden. Die amtliche Statistik scheidet diese Doppelzählungen aus, indem sie solche mehrfach gemeldeten Verträge als einen behandelt und bezeichnet die so gereinigten Tarifverträge als Tarifgemeinschaften. Solcher Tarifgemeinschaften bestanden am Schlusse des Jahres 1914 10 840 für 143 650 Betriebe mit 1 395 723 Arbeitern. Im gleichen Jahre neu abgeschlossen waren davon 2289. Über von diesen neu abgeschlossenen Tarifgemeinschaften sind nur 63 nach Ausbruch des Krieges abgeschlossen worden. Zwar entfällt immer der größere Teil der Tarifabschlüsse auf die erste Jahreshälfte; aber während im Jahre 1912 28 und 1913 26 vom Hundert aller Verträge in den Monaten August bis Dezember abgeschlossen wurden, waren es im Jahre 1914 nur knapp 3 v. H. Diese Stockung ist leicht erklärlich, aber sie ist auch ein Beweis dafür, daß der Kriegszustand der Weiterbildung des Tarifvertrages nicht günstig ist.

Bücherchau.

Die ersten Kriegsteuern und die Sozialdemokratie. Von Wilhelm Keil, Mitglied des Reichstags. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 2 Mk., Vereinsausgabe 1,20 Mk. Die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei herausgegebene Broschüre bringt eine ge-

drängte Zusammenfassung des ganzen Verlaufs der Steuerkämpfe. Der wesentliche Inhalt der neuen Steuergesetze ist in der Schrift wiedergegeben und kritisch beleuchtet.

Der Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1917 ist erschienen. Dieser von der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer u. Co. herausgegebene Kalender erfreut sich seit Jahren allgemeiner Beliebtheit. Zu seiner Empfehlung genügt der Hinweis, daß er jetzt im 41. Jahrgang erschienen ist. Leider hat der Preis, der früher 40 Pf. betrug, infolge der gestiegenen Preise für Papier und die sonstigen Rohstoffe auf 50 Pf. erhöht werden müssen. Hoffentlich wird dadurch der Absatz des Kalenders nicht beeinträchtigt.

Die Glocke, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin). Das eben erschienene 25. Heft des 2. Jahrgangs dieser aktuellen Wochenchrift enthält folgende Artikel: Dr. Georg Gradnauer: Die harte Prüfung. — Konrad Haenisch: Die Reichskonferenz. — Arno Franke: Die Einheit der Partei und die Arbeiter. — Engelbert Bernerstorfer: Von neutraler Literatur. — Wilhelm Säusen: Zur Lage der jetzigen Arbeiterbewegung eines oberbayerischen Walzwerks. — Glaffen: Vom Kriegsberichterstatter. Das Moralische versteht sich stets von selbst. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An die Ortsverwaltungen!

Das Abrechnungsmaterial für das 3. Vierteljahr 1916, Fragebogen zwecks Aufnahme der Kriegstatistik für den gleichen Zeitraum und die gelbe Karte für Arbeitslofenaufnahme sind in den letzten Tagen an die Adressen der örtlichen Kassierer abgegangen.

Die Abrechnung und die Gelder sind spätestens bis zum 15. Oktober, die gelbe Karte bis zum 10. Oktober einzusenden. Der Vorstand.

Sterbetafel.

- List of names and dates: Den Selbentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder, Emil Wappes, Frankfurt a. M., 31 Jahre alt, August Kollé, Frankfurt a. M., 32 Jahre alt, Hans Kiene, Magdeburg, 21 Jahre alt, Max Bahn, Rostock, 28 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

Advertisement for 'Tüchtige Sattler auf Suit-Cases und Reisetaschen' by Albert Möller, Düsseldorf, Kopernikusstr. 26.

Advertisement for 'Polsterwerk' by August Dingfelder, Passau, billigt abzugeben. Flachsverwertung.

Advertisement for 'Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer' by Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63. Gegründet 1880. Preislisten S. P. gratis und franco.

Advertisement for 'Bindfadenerfab' by August Dingfelder, Passau, liefert direkt ab Fabrik, haltbare mittlere Stärke, bestens bewährt, von Mk. —,90 per Pfund anfangend.